



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 26.08.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 12.05.2011, 15:50 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	stellvertretend für Frau Paffen
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Klaus Koke	CDU	ab 16:00 Uhr stellvertretend für Herrn Bartsch
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Manfred Waddey	GRÜNE	stellvertretend für Herrn Dr. Welpmann
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU

Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Heribert Resch	CDU
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Mike Pöhler	FDP
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier	
Herr Reinhard Muck	stellvertretend für Herrn Kaune
Frau Beigeordnete Henriette Reker	
Herr Peter Winkels	

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Gäste

Herr Uwe Zippel	Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
-----------------	----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Saher	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan	KIM
Frau Minu Nikpay	KÖBES

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
-----------------------	------------------------

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und des Ausschusses Umwelt und Grün.

Sie schlägt vor, heute mit der Sitzung des Betriebsausschusses zu beginnen, da dessen Tagesordnung nur einen TOP enthalte und der Leiter der Straßenreinigung, Herr Vater, anwesend sei.

Sie weist auf die aktuellen Tagesordnungen und deren Erweiterungen im Ausschuss Umwelt und Grün hin. Die Tagesordnung des Betriebsausschusses habe sich seit der Einladung nicht verändert.

Die Unterlagen seien alle zugestellt worden, sodass keine Tischvorlagen vorhanden seien.

Die Anfragen zu TOP 3.2, 3.3 und 3.4 im Ausschuss Umwelt und Grün werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 5.1 komme Herr Zippel von der Gebäudewirtschaft. Zu TOP 6.1 sei Herr Sanden vom Sportamt anwesend. Zu TOP 7.1 lasse sich die Vertreterin des Stadtplanungsamtes entschuldigen. Sollte es Fragen zu diesem TOP geben, werde sie diese gerne schriftlich beantworten.

RM Herr Bacher bittet für die SPD-Fraktion, TOP 6.1 und 6.2 zu vertagen, da man noch Beratungsbedarf habe.

SE Herr Fischer bittet, TOP 6.2 auf der Tagesordnung zu belassen und nur nicht darüber abzustimmen, da er zu diesem Punkt noch Nachfragen habe.

RM Frau Welcker greift die Vorlage zu TOP 6.4 auf. Es soll, auch zu diesem Thema, am 11.10.2011 ein Fachgespräch zwischen dem Arbeitskreis Friedhöfe Köln und den Fachpolitikern des Ausschusses Umwelt und Grün stattfinden. Sie bittet, das Fachgespräch noch vor den Sommerferien zu führen und die Vorlage zu vertagen, bis das Fachgespräch stattgefunden hat.

Die Ausschussmitglieder sind mit den Vorschlägen einverstanden und legen die Tagesordnungen wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Umweltverträglichkeit des Fuhrparks beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 17.02.2011, TOP 3.2
1450/2011

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

- 3.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 15.03.2011 - AN/0606/2011 Krematorium in Köln 1217/2011
- 3.2 Umsetzung Friedhofszielplan
Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.05.2011
AN/0601/2011
- 3.3 Luftwärmepumpen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.05.2011
AN/0957/2011
- 3.4 Maßnahmen zu Verhinderungen von Verschmutzungen im Umfeld der Deutschen Bahn
Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.05.2011
AN/2129/2010

4 Mündliche Anfragen

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 5.1 Energiecontrolling und Energiemanagement in städtischen Objekten
Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.04.2011
AN/0801/2011
- Professionalisierung des Energiecontrolling zum Antrag 0801/2011
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2011
AN/0835/2011

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 6.1 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Veranstaltungen
0389/2011
vertagt
- 6.2 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011
Beschlussfassung vertagt

- 6.3 Beleuchtung des Vorgebirgsparks
0738/2011
- 6.4 Ergänzung der Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung und der Friedhofs-
gebührensatzung
1047/2011
vertagt
- 6.5 Verleihung der Eigenschaft als verdienstvolle Bürgerin und Unterhaltung der
Grabstätte von Marie Juchacz als Ehrengrabstätte
0782/2011
- 6.6 Regionale 2010 - RegioGrün/Portal Gut Leidenhausen
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen
0853/2011
- 6.7 Kalscheurer Weiher - Befestigung Nahbereich Kahnanlagegebäude
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bür-
gerhaushaltes
1092/2011
- 6.8 Neubau Betriebshof Westfriedhof, Venloer Str. 1132, Köln-Vogelsang
Baubeschluss
1338/2011
- 6.9 Besetzung der Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln
2011
1214/2011
- 6.10 Beschaffung von zwei Radladern
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
1289/2011
- 6.11 Städtische Altdeponie Nonis in Köln-Merheim
Hier: Planung einer Gassperre
1324/2011
- 6.12 Erweiterung der Kleingartenanlage Schmalbeinstraße, Verein Köln-City e. V.
hier: Planungs- und Baubeschluss
1589/2011
- 6.13 Beschaffung von 6 Gräberbaggern
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
0944/2011
- 6.14 Entwicklungsplan Äußerer Kölner Grüngürtel
1035/2011

- 6.15 Programm Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd
Beauftragung der Weiterplanung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011
1267/2011
- 6.16 Mülheim 2020; Grünzug Charlier
Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung im Haushaltsjahr 2011 und Planungsauftrag
1545/2011
- 7 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 7.1 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord
Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
0363/2011
- 8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 9 Mitteilungen**
- 9.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur geplanten Renaturierung des Mutzbaches
0823/2011
- 9.2 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich
Nachfrage von SB Frau Hoben aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 06.11.2010 zum Sachstandsbericht
1087/2011
- 9.3 Baugebiet Kriebelspfad in Köln-Worringen
hier: Klimaschutzsiedlung
1360/2011
- 9.4 Statistik der Kölner Sterbe- und Bestattungsfälle in 2010
1576/2011
- 9.5 Projekt "cologneE-mobil"
Modellprojektphase für Elektromobilität in Köln verlängert
1628/2011
- 9.6 Verschiebung der 2. Online-Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmaktionsplanung
1501/2011
- 9.7 Aktueller Stand des Ökokontos "Steinneuer Hof" in Köln-Meschenich
1670/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**
 - 18.1 Mitteilung über vergebene Aufträge
1122/2011
 - 18.2 Bekanntmachung der im Zeitraum vom 20.12.2010 bis 28.03.2011 beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen vergebenen Aufträge
1311/2011

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Umweltverträglichkeit des Fuhrparks beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 17.02.2011, TOP 3.2 1450/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 15.03.2011 - AN/0606/2011 Krematorium in Köln 1217/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Umsetzung Friedhofszielplan Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.05.2011 AN/0601/2011

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

3.3 Luftwärmepumpen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.05.2011 AN/0957/2011

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

3.4 Maßnahmen zu Verhinderungen von Verschmutzungen im Umfeld der Deutschen Bahn Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.05.2011 AN/2129/2010

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Anfrage von SE Herrn Donath Historischer Tiefstand des Rheins und gleichzeitiger Wasserhöchst- stand im Höhenfelder See

SE Herr Donath möchte wissen, warum bei einem inzwischen historischen Tiefstand des Rheins im Höhenfelder See seit Monaten Höchststand sei und bittet um eine schriftliche Antwort.

4.2 Anfrage von RM Herrn Kienitz Erneute Erinnerung an die Beantwortung der schriftlichen Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung betr. kommunale Ökokonten

RM Herr Kienitz erinnert erneut an die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 29.06.2010 hinsichtlich der Einrichtung kommunaler Ökokonten in Köln. Er möchte wissen, weshalb die Anfrage nicht beantwortet werde.

Herr Dr. Drösemeier betont, die Umweltverwaltung bedauere die Langfristigkeit, mit der das Ökokonto aufgebaut werden soll, selbst sehr. Es habe sich aber gezeigt, dass es intern großen Abstimmungsbedarf gebe. Diesem stehen nicht die entsprechenden personellen Ressourcen gegenüber, die ein schnelleres Verfahren ermöglichen.

4.3 Anfrage von RM Herrn Kienitz Grill-Scouts

RM Herr Kienitz kommt auf die Grill-Saison in den Kölner Parks zu sprechen. Die AWB habe inzwischen ein neues Konzept zum Thema "Grill-Scouts" ausgearbeitet.

Herr Kienitz fragt, ob die Verwaltung einen ersten Erfahrungsbericht dazu abgeben könne.

4.4 Anfrage von RM Herrn Kienitz Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Bürgerhaushalt

RM Herr Kienitz spricht die Priorisierung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt an. Ein Punkt, der in der Liste weiter hinten rangierte, die Fassadenbegrünung mit Wein, sei nach vorne gezogen worden. Es handle sich seines Wissens um einen Betrag von 50.000 €.

Herr Kienitz bittet um Information über den Stand der Mittelabrufung.

4.5 Anfrage von RM Frau Welcker Wettbewerbsauswertung Biodiversität

RM Frau Welcker spricht die Bewerbung Kölns zur Hauptstadt der Biodiversität an und fragt nach dem Sachstand. Insbesondere möchte sie wissen, ob eine Auswertung vorliege und wie weiter verfahren werde. Man sei zwar nicht davon ausgegangen, dass Köln Hauptstadt der Biodiversität werde. Jedoch wolle man die vielen direkten Maßnahmen und Aktionen zur Förderung der biologischen Vielfalt, die in dieser Stadt bereits laufen, und die Verbesserungsmöglichkeiten kennenlernen.

Sie bitte daher um eine Auswertung und Stellungnahme der Verwaltung, wie sie sich vorstelle, Biodiversität besser in den städtischen Alltag zu integrieren.

4.6 Anfrage von SB Herrn Dr. Albach Braunkohleverstromung

SB Herr Dr. Albach erwähnt, in der letzten Vorlage zum Thema "Luftreinhalteplan" stand, dass mit Veränderungen im Rahmen der Braunkohleverstromung im Rhein-Erft-Kreis zu rechnen sei und dies wiederum Auswirkungen auf die Luftqualität in Köln habe.

Er möchte wissen, ob die konkrete Entscheidung des Kraftwerkes Berrenrath, nicht mehr Klärschlamm sondern Braunkohle zu verbrennen, ebenfalls Auswirkungen für Köln, speziell für bestimmte Kölner Stadtteile, habe.

RM Herr Brust erwidert, es gehe bei RWE darum, die Kapazität der Mitverbrennung auszuweiten, also weiterhin Klärschlamm mitzubrennen. Ihn interessiere, inwieweit die Genehmigungen für die Mitverbrennung von Holz, Klärschlamm und Plastikabfällen durch die Rücknahme des Antrages fortgeführt werden können oder ob irgendwann die Mitverbrennung insgesamt ende.

Herr Dr. Drösemeier antwortet, er müsse dies im Einzelnen noch ermitteln, er gehe aber davon aus, dass die Klärschlammverbrennung weiter betrieben werde. Die Umweltverwaltung sei in dem gesamten Verfahren bisher nicht beteiligt worden, weswegen er keine definitive endgültige Aussage treffen könne. Ob die Klärschlammverbrennung auf Dauer abgedeckt sei, werde die Verwaltung dem Ausschuss mitteilen.

4.7 Anfrage von SE Herrn Fischer Belastung der Gewässer durch Streusalz

SE Herr Fischer fragt, wie das Salz des Winterdienstes, das mit dem Tauwasser in die Kanalisation gelange, Flüsse, Grundwasser bzw. die Kläranlage belaste.

Beigeordnete Frau Reker antwortet, diese Problematik sei ihr ebenfalls bewusst. Das sei ein Grund, sich genau zu überlegen, bei welchen Wetterverhältnissen man wie räume und nicht wahllos zu einer großen Menge Salz greife.

4.8 Anfrage von RM Frau Dr. Müller Luftreinhaltung

RM Frau Dr. Müller spricht die Kölner Luftqualität an. Die Zahlen für Stickoxyd- und Feinstaubbelastung in 2010 lägen vor. Neben den bekannten Hotspots in Mülheim und am Neumarkt gebe es aber auch eine hohe Stickoxydbelastung in Weiden. Sie gehe davon aus, dass im Ausschuss Umwelt und Grün in der nächsten Zeit eine Fortschreibung des Luftreinhalteplans vorgestellt werde. Speziell auf Weiden bezogen möchte sie wissen, was man tun könne, um dort, wo sich keine Umweltzone befinde, die Stickoxydbelastung zu bremsen.

Herr Dr. Drösemeier informiert darüber, dass der Hotspot in Weiden ein Thema in den Projektgruppensitzungen mit der Bezirksregierung Köln sei. Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik habe in der letzten Sitzung am 05.05.2011 mitgeteilt, demnächst konkrete Überlegungen anzustellen, um den Hotspot zu entschärfen. U. a. fahren dort nur noch KVB-Busse mit einer grünen Plakette und verschiedene Ampelanlagen würden in Kreisverkehre umgewandelt. Wieweit diese Maßnahmen helfen, werde eine Wirkungsanalyse zeigen, die derzeit gefertigt werde.

Inwieweit der Hotspot Weiden in die Umweltzone mit einbezogen werde, ob er eine eigene Zone erhalte oder ob die flankierenden Maßnahmen ausreichend sein werden, werde in der nächsten Projektgruppensitzung im Juli thematisiert.

Die Bemerkung von Frau Dr. Müller, Busse des Regionalverkehrs Köln führen nicht mit einer grünen sondern mit einer roten Plakette und ihre Frage, ob dies auch in der Projektgruppe thematisiert worden sei, bestätigt Herr Dr. Drösemeier und fügt hinzu, es sei mit Bedauern festgestellt worden, dass der Regionalverkehr sich offensichtlich nicht bereit erklärt habe, daran etwas zu ändern.

SE Herr Bilke weist auf die Diskussion hin, die Öffnungszeiten des Einkaufszentrums Weiden auszuweiten, was vermutlich zu noch mehr Verkehr führe. Er regt an, den Antrag nicht eher zu genehmigen, bis die Pläne vorliegen.

Beigeordnete Frau Reker sagt zu, die Bitte nach koordiniertem Handeln mitzunehmen und weiterzugeben.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Energiecontrolling und Energiemanagement in städtischen Objekten Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.04.2011 AN/0801/2011

Professionalisierung des Energiecontrolling zum Antrag 0801/2011 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2011 AN/0835/2011

RM Herr Brust begründet kurz den gemeinsamen Antrag und verweist auf den Ratsbeschluss von 2003, jedes Jahr durch kurzfristige Maßnahmen, wie z. B. Verhaltensänderungen, 5 % Energie einsparen zu wollen. Dieses Ziel habe man nicht erreicht, sodass Konsequenzen gezogen werden müssten.

Herr Brust beschreibt die unterschiedlichen Konsequenzen und nennt ein Beispiel, weshalb es unumgänglich sei, das Energiemanagement auf die gesamte Stadt auszuweiten. Der Stromverbrauch für den Komplex "Philharmonie und Wallraf-Richartz-Museum" sei um 20 % höher, als der des gesamten Stadthauses in Köln-Deutz.

SE Herr Pöhler begründet den ergänzenden Änderungsantrag. Man unterstütze den gemeinsamen Antrag, wolle aber das Energiemanagement in "professionelle Hände" geben. Auch wolle man als Stadt Köln gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen eine gewisse Vorbildfunktion übernehmen und neue innovative Energien, z. B. die Brennstoffzellen-Technologie, in städtischen Gebäuden einsetzen.

RM Herr Brust erwidert, Punkt 9 des Änderungsantrags – die Übertragung der Aufgaben des Energiemanagements auf die RheinEnergie – sei schon allein aus vergaberechtlichen Gründen abzulehnen, weil ausgeschrieben werden müsse. Unabhängig davon müsse die Stadtverwaltung in der Lage sein, ihre Gebäude selbst zu managen. Hinsichtlich der innovativen Techniken weist Herr Brust darauf hin, dass deren Einsatz bereits in den Energieleitlinien enthalten sei. Herr Brust schließt, der Ergänzungsantrag sei nicht hilfreich und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werde ihn ablehnen.

RM Herrn Kienitz interessiert die Haltung der städtischen Gebäudewirtschaft.

Herr Zippel von der städtischen Gebäudewirtschaft nimmt Stellung und nennt Gründe, die sich in der Vergangenheit hinsichtlich Energieeinsparung kontraproduktiv auswirk-

ten, z. B. Kostensteigerung von 30 % oder Ausbau der Offenen Ganztagschulen mit verlängertem Unterricht und Erweiterungsbauten. Den Ausführungen von Herrn Brust zu Punkt 9 und 10 des Änderungsantrags der FDP-Fraktion schließe er sich an.

Auf die Frage von SE Herrn Becker nach dem Energiebericht 2009 erklärt Herr Zippel, dieser sei in Vorbereitung. Man müsse oft auf die Daten der Energieversorgungsunternehmen und der externen Vermieter warten. Diese müssten dann noch aufbereitet werden, so dass es zu den Verzögerungen komme.

RM Herr Kienitz gibt zu bedenken, die Politik habe 2010 ein Klimaschutzkonzept mit dem Schwerpunkt Energie in Auftrag gegeben. Daher sei es an dem Punkt angebracht, noch mal darüber zu diskutieren, damit man das Nebeneinander von verschiedenen Maßnahmen bündeln könne. Er rege deshalb an, die Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes für den Bereich "Energie" abzuwarten.

Außerdem sehe er den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft als fachlich zuständig und beantrage namens der CDU-Fraktion, ihn hinzuzuziehen und die Anträge dort beraten zu lassen, um dann im nächsten Ausschuss Umwelt und Grün mit dem Votum des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft zu einer gemeinsamen Zielrichtung zu kommen. Andernfalls werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Nach einer weiteren detaillierten Diskussion zum Einsatz innovativer Energietechnologien, zur Sensibilisierung und Verhaltensänderung der Menschen vor Ort und zur Bedeutung des Klimaschutzkonzeptes schlägt die Ausschussvorsitzende vor, die beiden Anträge zur Beratung in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zu verweisen und um anschließende Wiedervorlage zu bitten.

Hierüber herrscht im Ausschuss Umwelt und Grün Einmütigkeit.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist den gemeinsamen Antrag von SPD – Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Beratung in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und bittet um Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Veranstaltungen 0389/2011

Beschluss:

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

6.2 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung 0871/2011

SE Herr Fischer möchte wissen, ob nach der ordnungspolitisch / juristischen auch eine fachlich / sachliche Überarbeitung der Baumschutzsatzung erfolge und ob diese Überarbeitung ebenfalls in absehbarer Zukunft vorgelegt werde. Dies sei seiner Meinung nach dringend erforderlich, da es sich nicht nur um ein ordnungs- sondern auch um ein umweltpolitisches Instrument handle.

Herr Moers informiert darüber, dass, sobald Klarheit über die Beschlusslage herrsche, beabsichtigt sei, das Sachgebiet entsprechend umzustrukturieren und die Baumschutzsatzung fachlich zu überarbeiten. Unter anderem müssen die Ersatzpflanzungslisten, z. B. im Hinblick auf zukünftige klimatische Veränderungen, überdacht werden.

RM Herr Bacher bittet, diese klaren Positionen bereits zum jetzigen Zeitpunkt textlich in die aktuelle Vorlage einzuformulieren, da sie dem Ausschuss Umwelt und Grün bislang so nicht bekannt gewesen seien.

Herr Moers gibt zu Bedenken, dass eine fachliche Überarbeitung der Baumschutzsatzung sehr umfassend und zeitintensiv sei. Kern der aktuellen Vorlage sei, wie in Zukunft mit der Situation der Ersatzpflanzungskontrollen umgegangen werden solle. Daneben seien Gebührenanpassungen vorgesehen. Diese Dinge seien wichtig, um überhaupt weiterzukommen. Seit dem Beschluss des Rates vom 10.09.2009 gebe es im Sachgebiet Baumschutz keinen Fortschritt. Die fachliche Überarbeitung stehe auf der Agenda für 2012. Sobald die Beschlusslage klar sei, werde damit begonnen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller fasst zusammen, es sei wichtig, möglichst schnell zu beschließen, damit man fachlich / inhaltlich, bezogen auf den Beschluss in der nächsten Ausschusssitzung am 30.06.2011, die nächste Stufe planen könne.

RM Frau Welcker bekräftigt, es sei Zeit zu beschließen. Man könne jedoch den Beratungsbedarf der SPD-Fraktion durchaus verstehen. Aus Sicht der CDU-Fraktion mache es Sinn, die Alternative zu beschließen, bei dem ursprünglichen Beschluss zu bleiben und 5 Stellen einzurichten. Man sehe, wie notwendig es sei, eine gewisse Kontrolle auszuüben und eine umsetzbare Baumschutzsatzung zu haben. Auch im Hinblick auf die umfangreichen sachlichen Anpassungen würde man sich freuen, möglichst schnell zu einem Entschluss über die jetzige Vorlage zu kommen.

SB Herr Dr. Albach möchte wissen, ob die unterschiedliche Verwaltungsstruktur zu einer Änderung der Verwaltungsgebühren führe.

Herr Moers antwortet, dies werde sich nicht auswirken, weil vorher eine grundsätzlich andere Konzeption zugrunde lag. Was die Refinanzierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbelange, die Baumfällanträge bearbeiten, ändere sich im Kern nichts. Zielrichtung bei einer Ausstattung mit 5 Personen war, "echten" Baumschutz zu betreiben, also stärker zu kontrollieren. Die Kontrollen würden aber bei der Gebührenbemessung nicht berücksichtigt.

RM Herr Bacher betont, es sei für die Meinungsbildung in den Fraktionen wichtig zu wissen, welche Konsequenz ein Beschluss der aktuellen Vorlage habe. Daher bitte er

die Verwaltung, zu überprüfen, ob es nicht Sinn mache, diese Vorlage zurückzuziehen und anders formuliert dem Ausschuss wieder vorzulegen.

Herr Moers nimmt Stellung und erläutert, was unter der von Herrn Fischer nachgefragten fachlichen Überarbeitung zu verstehen sei. Diese Aspekte haben nichts mit dem Schutzzumfang zu tun, den die Baumschutzsatzung biete. Es gehe vielmehr um grundstück- oder bodentypspezifische Rahmenbedingungen für Bäume in der Stadt. Aktuell sei auch eine neue Mustersatzung in der Städtetagsbeteiligung.

Daneben sage die aktuelle Vorlage klar aus, dass es mit 4 Personen bei einem geänderten Verfahrensablauf (verstärkter Nachweis der Ersatzpflanzungsverpflichtung) zu einer erheblichen Reduzierung der Kontrollnotwendigkeiten kommen könne. In der Beschlussvorlage von 2009 war beabsichtigt, nahezu alle Ersatzpflanzungen zu kontrollieren.

Ob sich das geänderte Verfahren auf den Schutzzumfang der Baumschutzsatzung auswirken werde, könne jetzt noch nicht gesagt werden. Es existiere derzeit nur eine Organisationsuntersuchung im Detail, die einen Bedarf von 5 Stellen ergab. Man habe daraufhin überlegt, wie dies zu organisieren sei. Wenn jetzt ein anderer Beschluss gefasst werde, müsse man erneut darüber nachdenken, wie der Baumschutz mit 4 Personen und dem neuen Verfahren organisiert werde.

Abschließend bittet Herr Moers die Mitglieder des Ausschusses, bald eine Entscheidung zu treffen, damit die Mitarbeiter im Bereich Baumschutz wissen, wie die Perspektiven aussehen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller macht deutlich, dass der Ausschuss Umwelt und Grün es nicht begrüße, jetzt eine Satzungsänderung zu beschließen und in absehbarer Zukunft, z. B. aufgrund einer Mustersatzung, die Satzung wieder neu zu fassen.

Beigeordnete Frau Reker versichert, die Verwaltung werde bemüht sein, alle Argumente, die zu einer Entscheidung beitragen können, zu liefern.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung am 30.06.2011.

6.3 Beleuchtung des Vorgebirgsparks 0738/2011

SB Herr Dr. Albach spricht sich gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Ablehnung aus und begründet dies mit dem Einsatz von LED-Leuchten, einem geänderten Freizeitverhalten und eines im Sportausschuss behandelten Antrags zu Jogging-Strecken in der Stadt. Er stimme daher der Alternative zu.

RM Herr Bacher verweist auf den Grundsatzbeschluss des Ausschusses Umweltschutz und Grün. Nicht nur aus Kosten- sondern auch aus Naturschutzgründen befürworte er weiterhin diesen Beschluss. Auch liege keine zwingende Notwendigkeit vor, in der Nacht diesen Grünzug zu durchwandern, da es genügend alternative zumutbare Wegebeziehungen gebe. Herr Bacher kündigt daher die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Verwaltungsvorlage an.

RM Frau Welcker entgegnet, die bestehenden Wegebeziehungen seien für Fahrradfahrer im Dunkeln sehr unangenehm. Andererseits halte sie den Grundsatzbeschluss auch aus Kostengründen nicht für falsch. Daher spreche sich die CDU-Fraktion am ehesten noch für die Alternative aus. Falls sich ein Sponsor finde, der die Kosten übernehme, sei das tragbar.

RM Herr Waddey widerspricht Frau Welcker und betont, er fühle sich bei der Durchquerung des Vorgebirgsparks, auch im Winter um 6:00 Uhr morgens, nicht unsicher. Er sehe daher keine Notwendigkeit, den Park für Fahrradfahrer zu beleuchten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün lehnt die Beleuchtung des Vorgebirgsparks und somit den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln.

**6.4 Ergänzung der Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
1047/2011**

Beschluss:

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt, bis das Fachgespräch zwischen dem Arbeitskreis Friedhöfe Köln und den Fachpolitikern des Ausschusses Umwelt und Grün, voraussichtlich am 11.10.2011, stattgefunden hat.

**6.5 Verleihung der Eigenschaft als verdienstvolle Bürgerin und Unterhaltung der Grabstätte von Marie Juchacz als Ehrengrabstätte
0782/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Hauptausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Hauptausschuss beschließt, die verstorbene Politikerin und Sozialreformerin Marie Juchacz zu einer verdienstvollen Bürgerin Kölns zu erklären. Damit steht ihr eine Ehrengrabstätte gem. § 23 Abs. 4 der Friedhofssatzung der Stadt Köln zu; die Stadt Köln übernimmt die Kosten für Grabpflege und bauliche Unterhaltung in Höhe von 200,00 € jährlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Regionale 2010 - RegioGrün/Portal Gut Leidenhausen
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen
0853/2011**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün verweist die Vorlage in die BV Porz und verzichtet auf einen zweiten Durchgang, wenn die Bezirksvertretung Porz dem Verwaltungsvorschlag zustimmt.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagten Zahlungsermächtigung in Höhe von 971.439,- € und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.231.101,- €. Die Freigabe erfolgt – unter dem Vorbehalt der anteiligen Förderbewilligung – aus Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen; Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Kalscheurer Weiher - Befestigung Nahbereich Kahnanlagegebäude
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
1092/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 18.000,- EUR aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes, Hj. 2011, für die Befestigung im Nahbereich der Kahnanlagegebäude am Kalscheurer Weiher.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.8 Neubau Betriebshof Westfriedhof, Venloer Str. 1132, Köln-Vogelsang
Baubeschluss
1338/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW:

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung empfehlen wir dem Ausschuss Umwelt und Grün wie folgt zu beschließen:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau der Betriebsgebäude Westfriedhof, Venloer Str. 1132 in Köln-Vogelsang mit Gesamtbaukosten von 1.368.389 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Datum	Abstimmungsergebnis	Unterschrift	Unterschrift
14.04.2011		gez. Jürgen Roters	gez. Götz Bacher

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.9 Besetzung der Jury zur Verleihung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2011
1214/2011**

Die Ausschussvorsitzende regt an, statt der sechs Ratsmitglieder sechs stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün in die Jury zu entsenden.

Nach Rückfragen herrscht hierüber im Ausschuss Einvernehmen.

Die Sprecher und Sprecherinnen der Fraktionen schlagen die jeweiligen Juryteilnehmer vor.

Anschließend lässt die Ausschussvorsitzende über die Vorschläge abstimmen:

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die folgenden 6 **stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün** an der Jurysitzung zur Verleihung des Umweltschutzpreises 2011 teilnehmen:

1. Herr Bacher
2. Herr Dr. Fladerer
3. Herr Dr. Welpmann
4. Herr Bürgermeister Bartsch
5. Herr Kienitz
6. Herr Dr. Albach

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.10 Beschaffung von zwei Radladern
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
1289/2011**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erkennt den Bedarf für die geplante Beschaffungsmaßnahme von zwei Radladern an und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

2. Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer in das Haushaltsjahr 2011 zu übertragenden Auszahlungsermächtigung in Höhe von 200.000 EUR im Teilfinanzplan 1303 - Friedhöfe, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.11 Städtische Altdeponie Nonis in Köln-Merheim
Hier: Planung einer Gassperre
1324/2011**

RM Herr Kienitz bittet, die Angelegenheit der Bezirksvertretung Kalk als Mitteilung zur Kenntnis zu geben.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für freiberufliche Leistungen zur Herstellung einer Gassperre fest und beauftragt die Verwaltung, die Planung erstellen zu lassen.

Die Kosten der freiberuflichen Leistung werden auf 57.602 € brutto geschätzt.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.12 Erweiterung der Kleingartenanlage Schmalbeinstraße, Verein Köln-City
e. V.
hier: Planungs- und Baubeschluss
1589/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes 65450/04 die Erweiterung der bereits bestehenden Kleingartenanlage Schmalbeinstraße in Köln-Neustadt/Nord und beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Umsetzung der Baumaßnahme.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün verzichtet auf eine nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.13 Beschaffung von 6 Gräberbaggern
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanz-
plans
0944/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales, wie folgt zu beschließen:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales erkennt den Bedarf für die geplante Ersatzbeschaffungsmaßnahme von sechs Gräberbaggern an und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe der im Haushaltsplan 2010/2011, Teilfinanzplan 1303, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2011 in Höhe von 660.000,- €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.14 Entwicklungsplan Äußerer Kölner Grüngürtel
1035/2011**

RM Herr Brust schlägt vor, die Beschlussvorlage solange zurück zu stellen, bis alle Bezirksvertretungen darüber beraten haben und man über die Voten mitberaten könne.

RM Herr Kienitz ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Er merkt an, dass die CDU-Fraktion bei der weiteren Planung ausdrücklich die Aspekte der Biodiversität, insbesondere des Vogel- und Artenschutzes, stärker berücksichtigt haben möchte. Außerdem bittet er, unter dem Punkt "Fachöffentlichkeit" Vertreter der Landwirtschaft mit zu berücksichtigen. Er bittet, diese Punkte beim 2. Durchgang in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

Anschließend weist er zur Klarstellung auf einen Widerspruch in der Vorlage hin. Im 2. Absatz auf Seite 10 sei die Vorsitzende des Ausschusses Umwelt und Grün als Teilnehmerin des Lenkungsausschusses aufgeführt. In dem Schaubild auf Seite 11 seien jedoch – unter "Lenkungsgruppe" – die Fraktionsvorsitzenden des Ausschusses Umwelt und Grün genannt.

Herr Muck bestätigt, dass es sich um einen Fehler handle, der entsprechend korrigiert werde. Neben der Ausschussvorsitzenden sind auch die Sprecherinnen und Sprecher des Ausschusses Umwelt und Grün Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Lenkungsgruppe.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage solange zurück, bis alle Bezirksvertretungen darüber beraten haben und bittet um Wiedervorlage mit deren Voten.

**6.15 Programm Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd
Beauftragung der Weiterplanung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011
1267/2011**

Herr Dr. Bauer stellt die Planungen anhand PowerPoint kurz vor.

In der anschließenden Diskussion begrüßt SB Herr Dr. Albach die Vorlage. Er schlägt vor, sie insofern zu ergänzen, als dass der Planungsauftrag um 500 m weiter nach Süden erweitert wird. Auch in der Bürgerbeteiligung im September letzten Jahres sei die Problematik zur Sprache gekommen, dass die HGK-Trasse ins "Nichts" führe. Der ungeordnete Parkplatz ende am Jugendpark; entlang der Auenstraße gebe es ebenfalls keinen Fahrradweg, da er nördlich der Zoobrücke ende und unterhalb der Zoobrücke sei für Fahrradfahrer auch keine Möglichkeit weiterzufahren, so dass man irgendwie einen Weg in den Rheinpark finden müsse, der mit vielen Zielkonflikten verbunden sei.

Herr Dr. Albach beantragt, folgende Ergänzung in den Beschlusstext aufzunehmen: "Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt, auch das Gelände bis 500 m südlich des hier angestellten Raumes mitzubepflanzen, um dort Lösungsvorschläge zu machen, die eine logische Anbindung an den Rheinpark ermöglichen."

Daraus ergebe sich für ihn die Frage, ob das Gelände, auf dem früher eine Chemienutzung erfolgte, für einen Spielplatz bzw. Park bedenkenlos nutzbar sei.

SB Herr Resch möchte wissen, ob hinsichtlich des Flächenerwerbs juristische Auseinandersetzungen zu befürchten seien.

RM Herr Brust verweist auf Seite 5 der Vorlage, in der es heiße, dass die Promenade an dreifreien Tagen für die Bevölkerung geöffnet werde. Er fragt, ob also nur dann, wenn nicht gedreht werde, eine Nutzung der Promenade möglich sei.

Herr Dr. Bauer informiert, man habe mit dem WDR bislang nur Vorgespräche geführt, in denen diese Frage noch nicht abschließend geklärt worden sei. Dies müsse in den vertraglichen Verhandlungen abgestimmt werden. An Herrn Resch gewandt erklärt er, dass er keine juristischen Schwierigkeiten sehe, da sich die jetzt bereits genutzte Zufahrt auf der HGK-Trasse befinde. Bei Eigentümerwechsel gehe sie an die Stadt Köln. Hinsichtlich der Altlasten gebe es Verdachtsflächen. Die Stadt werde diese Flächen nur altlastenfrei übernehmen oder mit Altlasten, die grünnutzungsverträglich seien.

Die von Herrn Dr. Albach angesprochene Problematik hinsichtlich des Anschlusses nach Süden sei klar nachvollziehbar. Eine Verlängerung in diese Richtung im Rahmen der Mülheim 2020-Planungen sei jedoch nicht möglich, da das Fördergebiet dort ende. Dennoch diskutiere man mit den Kolleginnen und Kollegen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik intensiv, um eine gute Lösung zu erzielen und eine logische Anbindung an den Rheinpark zu erhalten.

In der weiteren Diskussion schlägt die Ausschussvorsitzende an Herrn Dr. Albach gewandt vor, den Beschlusstext so zu formulieren, dass der Ausschuss die Erweiterung nach Süden begrüßen würde. Hiermit ist Herr Dr. Albach einverstanden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller stellt den von SB Herrn Dr. Albach mündlich ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage in die Bezirksvertretung Mülheim und in den Stadtentwicklungsausschuss **und bittet um Wiedervorlage am 30.06.2011.**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün würde es begrüßen, wenn auch das Gelände bis 500 m südlich des hier angestellten Raumes mitbeplant wird, um dort Lösungsvorschläge zu machen, die eine logische Anbindung an den Rheinpark ermöglichen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Planungshonorar in Höhe von 93.900,00 Euro im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5570 (Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.16 Mülheim 2020; Grünzug Charlier Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung im Haushaltsjahr 2011 und Planungsauftrag 1545/2011

Herr Dr. Bauer stellt die Planungen anhand PowerPoint kurz vor.

RM Herr Bacher verweist auf Seite 4 der Vorlage, in der stehe, dass für die Sichtbeziehung zum Rhein unter Berücksichtigung der neuen Höhenverhältnisse einzelne Bäume gefällt und an anderer Stelle neu gepflanzt werden. Grundsätzlich sei er auch für die Schaffung solcher Sichtbeziehungen. Er möchte wissen, um wie viel Bäume es sich handelt und wo dies sei.

Außerdem habe er festgestellt, dass es sich um eine gleich gelagerte Beschlussvorlagenart wie unter TOP 6.15 (Programm Mülheim 2020 – Rheinboulevard Mülheim-Süd; 1267/2011) handle, die Beratungsfolge jedoch differiere. Er beantrage daher, diese ebenfalls in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, auf Rücklauf zu verzichten, dies aber ausdrücklich so zu beschließen.

RM Frau Nesseler-Komp fragt, um welche Altlasten es sich handle, die auf dem Gebiet vorhanden seien.

Herr Dr. Bauer sagt zu, die Fragen nach den Bäumen und den Altlasten schriftlich bzw. im Rahmen der weiteren Vorlage zu beantworten.

Im Verlauf der weiteren Diskussion schlägt die Ausschussvorsitzende als Ergänzung folgenden Text vor: "Der Ausschuss Umwelt und Grün wünscht eine weitere Beratung, sofern die beratenden Ausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim dem Beschlussvorschlag nicht uneingeschränkt zustimmen."

Im Ausschuss Umwelt und Grün herrscht hierüber Einmütigkeit.

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

1. Der Finanzausschuss beschließt für die Vergabe der Planung die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung in Höhe von 12.500,00 EUR im Teilfinanzplan 0902 –(Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5400 (Grünzug Mülheim Charlier), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011. Die Ermächtigung stand im Haushaltsjahr 2010 zur Verfügung und wird in das Haushaltsjahr 2011 übertragen.
2. Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage in die Bezirksvertretung Mülheim und in den Stadtentwicklungsausschuss **und wünscht eine weitere Beratung, sofern die beratenden Ausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim dem Beschlussvorschlag nicht uneingeschränkt zustimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

7.1 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 0363/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Bildungslandschaft Altstadt-Nord" in Köln-Altstadt/Nord einen Bebauungsplan-Entwurf unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 23.09.2010 gemäß den Anlagen 3 - 8 auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur geplanten Renaturierung des Mutzbaches 0823/2011

SE Herr Bilke regt an, ein derart aufwendiges Genehmigungsverfahren erst dann zu beginnen, wenn verbindlich geklärt sei, dass man starten könne bzw. wenn der Bescheid vorliege.

Herr Muck erläutert das Verfahren. Es sei vielfach so gekoppelt, dass, um auf eine Prioritätenliste gesetzt zu werden, ein Antrag gestellt und geplant werden müsse. Insofern sei es zwangsläufig, dass mit solchen Verfahrenszwängen gerechnet werden müsse.

SB Herr Dr. Albach erinnert an einen bislang noch nicht umgesetzten Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün, das Naturschutzgebiet Oberer Mutzbach neu zu beplanen.

Herr Muck sagt zu, die Anregung und Erinnerung mitzunehmen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich Nachfrage von SB Frau Hoben aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 06.11.2010 zum Sachstandsbericht 1087/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.3 Baugebiet Kriebelspfad in Köln-Worringen hier: Klimaschutzsiedlung 1360/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.4 Statistik der Kölner Sterbe- und Bestattungsfälle in 2010 1576/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.5 Projekt "cologneE-mobil"
Modellprojektphase für Elektromobilität in Köln verlängert
1628/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.6 Verschiebung der 2. Online-Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur
Lärmaktionsplanung
1501/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.7 Aktueller Stand des Ökokontos "Steinneuer Hof" in Köln-Meschenich
1670/2011**

RM Frau Welcker fragt, ob es Abstimmungen mit der Umweltplanung gebe. Für die CDU-Fraktion sei es interessant zu wissen, weshalb nur dieses eine Ökokonto vorliege. Sie ruft die Anfrage der CDU-Fraktion zur Einrichtung kommunaler Ökokonten in Erinnerung, an die bereits Herr Kienitz erinnert habe.

Beigeordnete Frau Reker informiert darüber, dass dies kein kommunales Ökokonto sei, sondern eine interne Vereinbarung zwischen zwei betroffenen Ämtern.

Hinsichtlich der Anfrage der CDU-Fraktion nimmt Herr Dr. Drösemeier Stellung.¹

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)

¹ Die Stellungnahme ist unter TOP 4.2 abgedruckt, auch wenn sie unter TOP 9.7 erfolgte.